

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMEIA-AT.90.13.03/0142-VII.4/2019

Wien, am 30. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Dezember 2019 unter der **ZI. 290/J-NR/2019** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Beitrag zur Umsetzung der Kairo Agenda (ICPD)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Welche ODA relevanten Beiträge hat Ihr Ressort (samt ADA) in den vergangenen fünf Jahren für die zur Umsetzung der Kairo Agenda über die bilaterale Zusammenarbeit geleistet? Bitte um Auflistung nach Projekt/Programm, implementierende Organisation, Land und Volumen.*
- *Welche ODA relevanten Beiträge hat Ihr Ressort in den vergangenen fünf Jahren für die zur Umsetzung der Kairo Agenda über die multilaterale Zusammenarbeit geleistet? Bitte um Auflistung nach Projekt/Programm, implementierende Organisation, Land und Volumen.*

Zwischen 2015 und 2019 wurden von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) Maßnahmen im Bereich „Reproduktive Gesundheit für Mütter/Neugeborene/Kinder“ und „Stärkung der Frauenrechte“ im Gesamtausmaß von rund Euro 4 Mio. finanziert. Die Umsetzung erfolgte größtenteils in Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie den relevanten Organisationen der Vereinten

Nationen. Die Details über die einzelnen Projekte, Partnerorganisationen, Einsatzorte und Volumina sind auf der Homepage der Austrian Development Agency (ADA) abrufbar: <https://www.entwicklung.at/projekte>.

Zu Frage 3:

- *Wie und bei welchen Anlässen hat sich Ihr Ressort politisch in den vergangenen fünf Jahren für die Umsetzung des Aktionsprogrammes der ICPD eingesetzt? Bitte um Auflistung der relevanten politischen und diplomatischen Aktivitäten.*

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) hat sich in den letzten fünf Jahren für die vollständige Umsetzung der Ergebnisse der Weltkonferenzen eingesetzt, insbesondere für die wirksame Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform und des Aktionsprogramms der ICPD. Hier ist besonders der Einsatz Österreichs für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR) in sämtlichen multilateralen Foren wie insbesondere dem 3. Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN), der internationalen Frauenstatuskommission, sowie dem VN-Menschenrechtsrat zu erwähnen.

Österreich hat die Entwicklung einer gemeinsamen Position der Europäischen Union (EU) zum Thema SRHR sowie zu umfassender Sexualerziehung, die in den Ratschlussfolgerungen vom Mai 2015 festgehalten ist, aktiv unterstützt. Während seiner Ratsvorsitzführung im 2. Halbjahr 2018 betonte Österreich die Forderung nach Geschlechtergleichstellung und thematisierte die Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, insbesondere auch der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM). Beim Rat Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung im November 2018 wurde das Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen mit den Friedensnobelpreisträger/innen Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege erörtert. Die Aufmerksamkeit durch die EU Präsidentschaft wurde auch für die Präsentation des überarbeiteten *Social Institutions and Gender Index (SIGI)* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Dezember in Brüssel genutzt.

Die zentralen Anliegen von ICPD wurden wiederholt im Rahmen bilateraler Besuche auf Außenministerebene thematisiert. 2019 hat Österreich sein verstärktes SRHR Engagement durch die Finanzierung der Position eines JPO (Junior Professional Officer) bei UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, unterstrichen. Ferner wurde 2017 im Rahmen der OEZA eine Gender Leitlinie verabschiedet, die auch explizit die Förderung von SRHR vorsieht.

Betreffend weitere Aktivitäten darf ich auf die außen- und europapolitischen Berichte verweisen, die auf der Homepage des BMEIA abrufbar sind.

Zu Frage 4:

- *Welche Schwerpunktsetzung wird Ihr Ressort zur weiteren Umsetzung der Kairoer Agenda - abgesehen vom Einsatz gegen FGM - vornehmen?*

Zur Umsetzung der Kairo Agenda setzt Österreich seit 2018 einen Schwerpunkt auf FGM. Zusätzlich zu den im Jahr 2018 über die ADA zur Verfügung gestellten Euro 1,2 Mio. wurden 2019 weitere Euro 5 Mio. zur Eindämmung der weiblichen Genitalverstümmelung eingesetzt, und zwar jeweils Euro 2,5 Mio. im Rahmen des UNFPA-UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) Joint-Programme to end female genital mutilation sowie in Zusammenarbeit mit CARE in Äthiopien.

Weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Kairo Agenda werden über den UN Women's Peace & Humanitarian Fund gesetzt. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen im Irak plant Österreich, seine Zusammenarbeit mit dem Fonds in Uganda fortzusetzen, um dort lokale Frauenorganisationen zu unterstützen. In Uganda ist auch eine weitere projektbezogene Zusammenarbeit mit UNFPA in Vorbereitung, um auf die hohe Müttersterblichkeit, die hohe Schwangerschaftsrate bei Teenagern, den geringen Einsatz von Verhütungsmitteln und die schwache Reaktion auf geschlechtsbezogene Gewalt (gender-based violence/GBV) zu reagieren. Mit UNFPA wurde weiters eine Zusammenarbeit in Moldau zum Thema gesundes reproduktives Verhalten von Jugendlichen, sowie im Irak zur Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt in humanitären Situation eingegangen.

Ferner sind zusammen mit UN Women Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau in den Bereichen sexuelle Gesundheit, reproduktive Gesundheit, Muttergesundheit, Gesundheit von Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen in humanitären Situationen am Horn von Afrika in Planung. In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft unterstützt die ADA ab 2020 ein Projekt zur Prävention von sexueller Gewalt in Palästina. 2020 wird das BMEIA /ADA zusammen mit dem UN Women's Peace & Humanitarian Fund und dem Global Network of Women's Peace Builders den ersten „Global Women's Summit for Peace & Humanitarian Action“ in Wien ausrichten. Darüber hinaus hat 2019 der Arbeitskreis zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, bestehend aus österreichischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und ADA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, seine Arbeit aufgenommen.

Mag. Alexander Schallenberg

